

EFTA-Ländern ihre starke Außenhandelsabhängigkeit. Größter Außenhandelspartner ist die EWG. 1979 stammten 65 % der Gesamtimporte der EFTA aus den EWG-Ländern, und 49 % ihrer Exporte gingen in den EWG-Raum. Die unausgeglichene Außenhandelsbilanz der EFTA gegenüber der EWG schafft fortwährend Konflikte in den Beziehungen zwischen den Staaten beider Gruppierungen.

Die EFTA (Sitz: Genf) hat keine supranationalen Organe. Die leitende Institution, der EFTA-Rat bzw. der Gemeinsame Finnland-EFTA-Rat, bestehend aus je einem Vertreter jedes Mitgliedstaates, faßt seine Beschlüsse grundsätzlich einstimmig. Das Sekretariat (etwa 70 Personen) leitet ein Generalsekretär. Die Beschlüsse des EFTA-Rates beruhen in der Regel auf Empfehlungen und Vorschlägen der Ständigen Komitees. Die wichtigsten sind die Wirtschaftskomitees, das Komitee für Landwirtschaft und Fischerei, das Komitee für Wirtschaftsentwicklung, das Budgetkomitee sowie das Konsultativkomitee. Letzteres besteht aus Vertretern der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften der Mitgliedsländer und erörtert alle Angelegenheiten der EFTA. Es ist ein wichtiges Konsultationsorgan für die Wirtschaftspolitik der EFTA-Staaten. Außerdem existiert das im Okt. 1977 gegründete Komitee von Parlamentsabgeordneten. Auf Anregung der nordischen EFTA-Länder wurde im Febr. 1977 ein Industrieentwicklungsfonds für Portugal gegründet. Er bezweckte die Finanzierung des Wiederaufbaus und die Schaffung kleiner und mittlerer Unternehmen; sein politisches Ziel bestand darin, zur Stabilisierung des bürgerlich-parlamentarischen Regimes und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen. Am 28. 3. 1977 beantragte Portugal die Mitgliedschaft in der EWG. Hauptaufgabe der EFTA-Organe ist

heute der Informations- und Meinungsaustausch über die ökonomische Situation in der EFTA und in der kapitalistischen Welt insgesamt, über die Festigung der Freihandelszone, insbesondere durch einen weiteren Abbau von technischen u. a. nichttarifären Handelshindernissen, sowie über die Wirksamkeit der Freihandelsabkommen ihrer Mitglieder mit der EWG. Daneben entwickeln sich die EFTA-Organe zu Konsultationsgremien ihrer Mitglieder für die Erörterung der mit der Krise des Kapitalismus zusammenhängenden Probleme der Wirtschafts-, Währungs- und Energiepolitik sowie der Inflationsbekämpfung. In bestimmtem Maße ist die EFTA um eine Abstimmung der zur Krisenbekämpfung in den Mitgliedstaaten ergriffenen staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen bemüht. Gegenstand der Auseinandersetzung in den EFTA-Gremien sind immer wieder restriktive Handelspraktiken einzelner Mitgliedstaaten, Probleme der Weiterentwicklung der EFTA und ihrer Beziehungen zur EWG. Zwischen einzelnen EFTA-Staaten und der EWG/EGKS bestehen Gemischte Ausschüsse, in denen vor allem Handelsprobleme und wechselseitige protektionistische Maßnahmen erörtert werden. Einige EFTA-Staaten versuchen, mit der EWG weitergehende Kontakte und Beziehungen herzustellen. Zwischen dem parlamentarischen Komitee und der EG-Versammlung bestehen offizielle Kontakte. Am 26. 6. 1979 Unterzeichneten die EFTA-Länder und Spanien ein multilaterales Handelsabkommen, um den Freihandel mit Industrieerzeugnissen einzuführen. Im Okt. 1978 wurde ein Gemeinsamer Ausschuß EFTA-SFR Jugoslawien gegründet. Das auf Initiative Österreichs am 13. 5. 1977 durchgeführte Gipfeltreffen der EFTA-Länder erörterte »die künftige Rolle der EFTA-Länder im Rahmen der euro-